

## BUCHBESPRECHUNGEN

### SCHUMANPLAN

*Probleme des Schumanplans. Eine Diskussion zwischen Prof. Dr. Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Dr. Andreas Predöhl und Prof. Dr. Fritz Baade-Kiel, Kieler Vorträge, Neue Folge, 2, Kiel 1951, 34 S., 2 DM.*

Die Schrift gibt eine Diskussion wieder, die am 5. Mai 1951 im Rahmen des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel geführt wurde.

Hallstein verweist insbesondere auf den „dynamischen Aspekt“ des Vertrages, der natürlich ein Wagnis enthält, aber wirtschaftlich eine Vergrößerung der Märkte und eine Verbesserung der Arbeitsteilung anstrebt. Die Integration soll allmählich und mit Vorsicht geschehen, aber in Richtung steigender Produktion, steigender Leistung und steigender Lebenshaltung. Nach Hallstein ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wie sie auf Grund des Schumanplans entstehen soll, kein Kartell, sondern ein „Staatenverein“, eine Art Fusion von Wirtschaftsministerien. Predöhl nimmt in seinem Diskussionsbeitrag eine positive Haltung zum Schumanplan ein; er sieht das wichtigste Ziel in einer besseren „ökonomischen Raumordnung“ und ist auch der Meinung, daß mit der Zusammenfassung der Kohle- und Stahlwirtschaft der richtige Ansatzpunkt gefunden, sei,

Baade betont nochmals, daß er der Idee der wirtschaftlichen Einigung Europas „durchaus begeistert zustimme“. Im Schumanplan sieht er aber für die deutsche Wirtschaft sehr schwere Gefahren, insbesondere hinsichtlich der Verbundwirtschaft und der Investitionen sowie hinsichtlich der Aufgabe der „natürlichen Früchte unserer Vorteile in bezug auf die Rohstoffe“.

Die Darlegungen aller Beteiligten in der genannten Veröffentlichung stechen in ihrer sachlichen und fundierten Art vorteilhaft von manchen anderen Diskussionen ab. Sie lassen auch Übereinstimmung im Ansatzpunkt erkennen, nämlich in der Bejahung des europäischen Gedankens und in der Bejahung der Methode der „Teillösungen“. Die Differenzen liegen daher so gut wie ausschließlich in der Beurteilung der Aussichten und der Möglichkeiten für Deutschland. Baades Hinweise auf Verbundwirtschaft und gemeinsamen Kohlenverkauf liegen durchaus auf der Linie, wie sie der Bundesausschuß des DGB schon im Mai dieses Jahres bezogen hat; es ist ja auch be-

kannt, daß die Verhandlungen über den Kohlenverkauf und seine Organisation weiterlaufen. Gleichwohl ist es richtig, zu fordern und eindeutig zu betonen, daß es eine einseitige, diskriminierende Regelung für Deutschland nicht geben darf. „Wenn die Analogie zur Verbundwirtschaft anderer Produzenten in dem Montanraum wirklich schlüssig ist, so ist es infolge der Art, wie dieses Werk instrumentiert ist, völlig sicher, daß auch unserer Industrie die Entwicklung zu einem weiteren Ausbau der Verbundwirtschaft gar nicht versagt werden kann“ (Hallstein).

Wenn Baade freilich für die „natürlichen Früchte“ unserer Rohstoffproduktion fürchtet, so wird man ihm hier nicht ohne weiteres folgen können, sobald man die vor uns liegenden langfristigen Aufgaben der Produktionssteigerung und der Kapazitätsausweitung sieht. Hier liegt ja gerade der entscheidende Ansatzpunkt und auch die Vergemeinsamung der Interessen der Teilnehmerländer.

Und das gleiche gilt für die Frage der Investitionen. Hallstein betont in seinem Schlußwort mit Recht, es sei „in den Verhandlungen wohl hundertmal davon die Rede gewesen, wie groß etwa der Investitionsbedarf der Ruhr sein würde“. Wenn die Hohe Behörde ihre Pflicht tut, wird sie entscheidende Investitionen an der Ruhr ermöglichen müssen. Das ist für das Gebiet der Kohle eindeutig klar. In der Eisenindustrie liegen die Dinge etwas komplizierter. Sowohl Hallstein als auch Baade sehen für die deutsche Stahlindustrie große Möglichkeiten; man wird aber diese etwas globalen Äußerungen differenzieren müssen: Bei Thomasstahl kann sich' auf längere Sicht, wie insbesondere die Untersuchungen von Dr. Wasmuth (Stahlreuhändlervereinigung) gezeigt haben, ein gewisser Nachteil für die Ruhr ergeben (weit geringere Kosten Lothringens für Erze). Diesem Nachteil stehen aber Vorteile in der Siemens-Martin-Erzeugung und vor allem in der Weiterverarbeitung (Nähe der Zentren der Maschinenindustrie usw.!) gegenüber, die bei einer wirklich europäischen Standortplanung durchaus zum Tragen kommen können. Französische Äußerungen in gleicher Richtung („Wäre es nicht besser, es den deutschen Fabriken zu überlassen, lothringischen Stahl in Fertigwaren zu verwandeln, denn die deutschen Werke liegen auf dem Wege zwischen Lothringen und den Seehäfen“) bedürfen in diesem Zusammenhang besonderer Beachtung.

Die sozialpolitischen Bestimmungen des Vertrages werden, wie Hallstein richtig sagt, oft übersehen. Sie sind aber vor allem im Hinblick auf die im Bundesrat geäußerten Befürchtungen, der Plan stünde u. U. einer Reform der deutschen Sozialversicherung im Wege, von erhöhtem Interesse. Um so wichtiger ist der Hinweis Hallsteins, die Staaten dürften in Zukunft der Zielsetzung des Vertrages nicht mehr „durch Maßnahmen, die den Abstand der Wettbewerbsbedingungen vergrößern, entgegenarbeiten“. Eine Reform der deutschen Sozialversicherung würde aber gerade in Richtung der Angleichung liegen — denn ihre Kosten erhöhenden Wirkungen würden den Abstand zu den Ländern mit noch höheren Kosten (Belgien, Luxemburg) vermindern helfen!

Zusammenfassend muß man dem Institut für Weltwirtschaft für seine Veröffentlichung Dank sagen. Der Leser wird von den verschiedensten Standpunkten aus in die ökonomischen Zusammenhänge des Plans eingeführt und dürfte auch in der Lage sein, weitere Einzelfragen, die in der Öffentlichkeit nicht immer klar gesehen werden, von sich aus zu klären.

Dr. Rolf Wagenführ

*Fritz W. Meyer/Anton Zottmann:  
Der Schumanplan und seine Problematik. München/Düsseldorf. 38 Seiten.*

Die Arbeit will die Grundgedanken und Probleme der geplanten Montanunion diskutieren. Wertvoll ist ein „kurzer Wegweiser durch die Bestimmungen des Vertragsentwurfs“. Die folgende „Auseinandersetzung mit kritischen Stimmen des In- und Auslands“ hätte man sich in einigen Punkten etwas weniger formal gewünscht; das gilt für die Diskussion der Fragen „Verbundwirtschaft“ und „Gemeinsamer Kohlenverkauf“ (S. 31 f). Von besonderer Bedeutung ist der Hinweis auf die Fragen der europäischen Währungseinheit und der Stabilität der Wechselkurse; diese Probleme bedürfen in der Tat dringend einer eingehenden Diskussion.

Dr. R. W.

#### GEWERKSCHAFTEN UND PRODUKTIVITÄT

*Gewerkschaften und Produktivität. Bericht einer Gruppe britischer Gewerkschafts-Funktionäre, Bund-Verlag G.m.b.H. Köln, 1951.*

Mit Nachdruck sei das Studium dieser Untersuchung britischer Gewerkschafter über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Produktivität in den USA empfohlen. Sie gewährt uns einen ausge-

zeichneten Überblick über die Formen der Mitarbeit amerikanischer Gewerkschaften bei der Produktivitätssteigerung. Diese Mitarbeit, die bei der Gewerkschaft der Damenkonfektionsarbeiter besonders gründlich entwickelt ist, steht jedoch keineswegs nur im Dienste einer höheren Produktionserzielung, sondern soll vor allem den Lebensstandard der Arbeiter erhöhen. Die Produktivitätsaktivität der amerikanischen Gewerkschaften wird von einer nachdrücklichen Forderung auf höhere Löhne begleitet, wie denn die amerikanische Arbeiterschaft für Produktivitätsfragen nur dann interessiert werden kann, wenn das wirtschaftliche Äquivalent, d. h. eine höhere Entlohnung, binnen kurzem zur Verfügung steht. So gewiß die Tätigkeit der Produktivitätsingenieure der Gewerkschaften dazu geführt hat, daß die Arbeiterschaft den Anforderungen hinsichtlich einer gesteigerten Produktivität heute aufgeschlossen gegenübersteht, so haben die Produktivitätsingenieure doch gleichzeitig nachdrücklich die Versuche des Unternehmertums zurückgewiesen, den Arbeitern einseitige Maßnahmen und eine einseitige Technik aufzutroyieren.

Die britischen Gewerkschafter haben auf ihrer Studienreise — bei aller Bereitschaft, aus den amerikanischen Erfahrungen zu lernen — nichts ohne kritisches Bewußtsein hingenommen. Sie weisen ausdrücklich auf die Grenzen der Übertragbarkeit von Rationalisierungsmaßnahmen in einer Industrie hin, die für einen standardisierten Binnenmarkt von 150 Millionen Menschen arbeitet. Trotzdem haben die amerikanischen Erfahrungen der englischen und europäischen Industrie sehr wichtige Lehren zu vermitteln, wie der vorliegende Bericht bezeugt.

Wenn die Produktivitätssteigerung heute und hier wirklich bis zu den Arbeitern „durchkommt“ und der Lebensstandard steigt, dann wird auch der vielfach noch zu beobachtende Widerstand gegen neue Produktionsverfahren der Vergangenheit angehören. Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß Londoner Hafendarbeiter die neu eingeführten arbeitssparenden Löschanlagen für Zucker erst dann bedienen, nachdem ihnen neben gleicher Entlohnung auch die „Beschäftigung“ einer gleichen Anzahl von Arbeitern bei diesem Löschen zugesichert worden war. (Mit dem Ergebnis, daß weder die Arbeiter noch die Zuckerwirtschaft einen Vorteil von den modernen Löschanlagen hatten.)

Neue Produktionsverfahren dürfen der Arbeiterschaft nicht einseitig aufgezwungen werden. Sie müssen, wie die amerikanischen Erfahrungen zeigen, in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften entwickelt werden.

Dr. W. P.